

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Berlin. In der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 1.200.500 auf 1.155.500, das ist um 45.000 oder um 3,8 v. H. gesunken...

Eine Hebräer Poincarés gegen Engländer und Deutsche.

Paris, 12. Februar. Auf dem Bankett der französischen Bürgermeister in der Straßburger Orangerie, an dem 600 Bürgermeister, die Senatoren, Deputierten und die wichtigsten höheren Beamten teilnahmen, hielt Poincaré eine längere Rede...

Zur föderalistischen Frage und zu dem Sprachenproblem übergehend, fuhr Poincaré fort: „Diejenigen Engländer, die seit ihrer Geburt die Gewohnheit haben, Dialekt oder deutsch zu sprechen, und denen ihr Alter oder ihre Beschäftigung nicht die Möglichkeit gegeben haben, französisch zu lernen, sind darum nicht weniger gute Franzosen.“

„Germania trans Rhenum incolant“ (Die Germanen wohnen jenseits des Rheins). Poincaré gab dann einen geschichtlichen Rückblick, durch den er den Beweis dafür zu erbringen suchte, daß Elsas sei stets ein Teil Frankreichs gewesen.

„Eine das wir je eine Resonanz-Idee hatten, sind wir so vor der Schöpfung des Schicksals unbeweglich und ängstlich gewesen, bis zu dem Tage, an dem die von Stolz transponierten Kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Österreichs, Ungarns über ihren Völkern und über den unterjochten Balkan katastrophal entfielen.“

„Welchen Fall bei der Abreise Poincarés von Straßburg.“ Paris. Die Gassen aus Straßburg berichten, daß es bei der Abreise Poincarés zu einem Zwischenfall kam. Poincaré den Zug betretend, rief der kommunistische Abgeordnete Guerber auf dem Bahnhofsperron: „Nieder mit Poincaré!“

Swatau in den Händen der Kommunisten.

Wetina. Nach aus Ranton eingetroffenen Berichten ist der wichtige Ort Swatau kommunistischen Angriffen anverlehen. Die letzten Rantontruppen verteidigen den inneren Stadtteil. Der endgültige Besitz Swataus würde den Kommunisten die Fernverbindung sichern.

Der Reichstag behandelt sozialpolitische Fragen.

Berlin, 11. Februar. Zunächst bittet Abg. D. Rumm (Dnat.) mit Rücksicht auf die Verhältnisse über den Antrag folgenden Antrag sofort ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu verweisen:

„§ 17a des Prehaelches soll lauten: Prozessberichte, die anzeigen, daß das Geschlechtsverhältnis der Jugend zu überaus oder irregulären, sind verboten.“

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

Abg. Dr. Goeben (Dnat.) warnt vor der Ratifikation der Internationalen Arbeitsabkommen. Deutschland Reparationslasten hätten jetzt schon den anderen Industrienationen einen gewaltigen wirtschaftlichen Vorsprung gegeben; durch die Abkommen würde er noch vergrößert werden.

Abg. Theil (Dnp.) weist darauf hin, daß die Erparung von 400 Millionen gegenüber dem Vorjahr keinen sozialen Rückschritt bedeute, sondern darauf zurückzuführen sei, daß die Uebergangsmittel für die Arbeitslosenversicherung in diesem Jahre nicht mehr nötig seien.

Abg. Schuler (Berl. Dem.) betont, daß das Arbeitsgerichtsrecht nur durch die Mitarbeit der Opposition zustande gekommen sei, denn große Teile der Volkspartei und der Deutschen Nationalen hätten dagegen gestimmt.

Die Versicherungsämter werden nach Ansicht des Redners noch nicht modern und rationell verwaltet. In Landesversicherungsämtern — davon allein acht in Bayern — seien ein Luxus. Man müsse allgemein abbauen, wie es bei den Landesarbeitsnachweisen schon geschehen sei.

Die Reichsversicherungsanstalten werden nach Ansicht des Redners noch nicht modern und rationell verwaltet. In Landesversicherungsämtern — davon allein acht in Bayern — seien ein Luxus. Man müsse allgemein abbauen, wie es bei den Landesarbeitsnachweisen schon geschehen sei.

Eine Finanzdebatte beim Wehretat.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages legte Min. Dir. Dr. Bracht bei der Fortsetzung der Beratung des Wehretats die Gründe dar, aus denen der Reichrat eine Reihe von Abstrichen am Meer- und Marineetat vorgebracht habe. Dabei handelte es sich lediglich um eine Entlastung des Gesamthaushalts.

Min. Dir. Dr. Bracht erwiderte, daß er rein sachlich gesprochen habe. In der Verantwortung des Reichswehrministers habe er nicht eingegriffen. Im übrigen entspreche es der Reichsverfassung, daß der Reichsrat den Etat des Reiches Punkt für Punkt kritisieren könne.

Wahl der Leiter und aller Beamten durch die Versicherten sei das Fundament der Selbstverwaltung. Der Redner legt eine Entschließung vor, die von der Regierung eine solche Reform der Sozialversicherung verlangt.

Abg. Rühl (Komm.) erklärt, er habe von der vom Arbeitsminister behaupteten Verbesserung der sozialen, namentlich der Lohnverhältnisse nichts gemerkt. Der Rechtsanspruch, den die Arbeitslosenversicherung bringen sollte, sei völlig autoritär gemacht durch die Verschärfung der Prüfung der Bedürftigkeit und der Voraussetzungen für die Unterstützung.

Abg. Deier-Dresden (Wirtschafli. Pgn.) verlangt eine Zusammenlegung von Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Er bekämpft die gesamte soziale Gesetzgebung, die nur zugunsten der Arbeiter gemacht worden sei.

Abg. Schwarz (Bayr. Sp.) erkennt an, daß die Sozialpolitik in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht habe. Im Vergleich zu anderen Ländern könne sie sich durchaus sehen lassen. Zweifellos sei es ein Demerit für die Wirtschaft gewesen, aber die Anträge der Regierungsparteien hätten die Wirtschaft nie gefährdet.

Abg. Heier (Str.) stellt gegenüber dem Appell des Abg. Deier, die anderen bürgerlichen Parteien möchten ihr soziales Gewissen erschließen, fest, daß Abg. Deier seit vier Jahren nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht habe, im Ausschuß ein sozialpolitisches Gesetz zu beeinflussen.

Abg. v. Gräfe (Balk.) hält die jüngste Entwicklung der Sozialpolitik für ungesund. Das gelte besonders für die Arbeitslosenversicherung; diese müsse reformiert werden in dem Sinne, daß wer Unterstützung erhalte, auch eine bestimmte Arbeit leisten müsse.

Abg. Seiffert (Wolfsrechtspartei) lehnt Auslandsanleihen für den Wohnungsbau wegen der hohen Zinsen ab und fordert schnelle Verabschiedung einer ausreichenden Reichsrentenversicherung.

Abg. Stödt (Nat.-Soz.) meint, der Stillstand der Sozialpolitik sei auf den Damespahn zurückzuführen. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Abg. Rumm (Dnat.) bittet nunmehr, einen Antrag gegen die „schamlosen Presseberichte“ über Prozesse ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Dittmann (Soz.) widerspricht diesem Verlangen: Es handelt sich nicht um eine Frage der Prozessberichterstattung, sondern um eine Frage der Prozessführung. (Sehr richtig! links.) Nicht ein Pressefandal, sondern ein Justizskandal liegt hier vor (erneute Zustimmung links).

Da somit Widerspruch erhoben ist, schlägt Präsi. Osse vor, daß der Reichsrat am Dienstag darüber Beschluß fasse, wann der Antrag beraten werden soll.

Abg. D. Rumm (Dnat.) ist damit einverstanden. Die Weiterberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird auf heute Montag, 14 Uhr, vertagt. Schluß gegen 18 1/2 Uhr.

Berichtungen. Die Demokratische Reichstagsfraktion legt Wert darauf, festzustellen, daß sie am Freitag nicht gegen, sondern geschlossen für das Reichsministerengesetz gestimmt habe.

technisch und Staatsrechnung zu stellen, sondern man muß auch eine gewisse Staatspolitik führen. Politisch sei aber die Punkt des Möglichen. Auch für die Erparnismaßnahmen seien gewisse Grenzen gezogen, um nicht wesentliche Belange zu verletzen.

Min. Dir. Dr. Bracht erwiderte, daß er rein sachlich gesprochen habe. In der Verantwortung des Reichswehrministers habe er nicht eingegriffen. Im übrigen entspreche es der Reichsverfassung, daß der Reichsrat den Etat des Reiches Punkt für Punkt kritisieren könne.

Sprengung einer Wahlversammlung in Warschau.

Warschau (Funknachr.). Seitern abend wurde hier neuerlich eine von dem Rechtsblock veranstaltete große Wählerversammlung in dem Augenblick, als Professor Stronski das Wort ergreifen wollte, von Anhängern der Wladislawi-Partei gesprengt.